

Kantonsratskandidatinnen nahmen Regierungsräte ins Kreuzverhör

STADEL Vier Kantonsratskandidatinnen versuchten bei einem Podium in Stadel, die amtierenden SVP-Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker mit Fragen aus der Reserve zu locken.

Die SVP des Bezirks Dielsdorf organisierte am vergangenen Freitag ein Podium der etwas anderen Art. Unter dem Titel «Regierungsräte auf dem heissen Stuhl» lud die Partei die Kantonsratskandidatinnen Barbara Franzen (FDP) aus Niederweningen, Beatrix Stüssi (SP) aus Niederhasli, Wilma Willi (Grüne) aus Stadel und Erika Zahler (SVP) aus Boppelsen ins Neuwishus nach Stadel. Allerdings nicht, um dort den knapp vierzig anwesenden Zuhörern Rede und Antwort zu stehen, sondern um selbst unangenehme Fragen stellen zu können. Und zwar an die Adressen von Baudirektor Markus Kägi (SVP) und Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP).

Der Flughafen bleibt ein emotionales Thema

Dieses Konzept funktionierte je nachdem, welche Frage an welchen Regierungsrat gestellt wurde, unterschiedlich gut. Der Beginn des Podiums verlief noch wenig spektakulär. Wilma Willi etwa präsentierte ihre Vorschläge zur energieeffizienteren Gebäudesanierung: «Wir sollten aber bei den grossen Immobilienunternehmen entweder Anreize für ähnliche energetische Massnahmen schaffen oder Druck aufsetzen.» Vom Regierungsrat wollte sie dazu wissen, ob dieser ihre Ansicht teile. Von dieser Frage liess sich Kägi nicht aus der Reserve locken, der Baudirektor nutzte die Chance stattdessen, um die bisherige Strategie des Kantons für die nächsten 30 bis 40 Jahre in der Energiedebatte zu loben.

Mehr Fahrt nahm die Diskussion auf, als ein emotionaleres Thema angesprochen wurde. Erika Zahler stach ins Wespennest und fragte Ernst Stocker: «Wie bringen Sie es unter einen Hut, für eine Pistenverlängerung zu sein und gleichzeitig das Unterland zu unterstützen? Und wie ernst nimmt uns Bern beim Thema Flughafen?» Stocker wich ein wenig aus und betonte, dass der Flughafen wichtig sei für die Schweiz. Und wandte sich für die zweite Frage ans Publikum: «Meinen Sie eigentlich, einen Nationalrat aus Bern, Uri oder aus dem Bündnerland interessiere es,

wann, wo und wie viel im Raum Zürich geflogen wird? Die wollen einfach, dass der Landesflughafen möglichst funktioniert. Und seien wir ehrlich: Wenn der Flughafen in Freiburg stünde, würde es uns wahrscheinlich auch nicht interessieren.» Kritik an der Strategie des Regierungsrats in Sachen Fluglärm wollte er indes nicht gelten lassen: «Ich denke, wir haben unsere Sache nicht schlecht gemacht. Ich war jetzt an zehn Podien und heute kam zum ersten Mal eine Frage zum Flughafen.» Auch Kägi meldete sich bei dem Thema zu Wort: «Die grösste Entwicklung, die in den letzten Jahren im Raum Zürich stattfand, geschah um den Flughafen herum. Es wundert mich, wenn die Neuzuzüger plötzlich merken, dass sie ja nun in der Nähe eines Flughafens wohnen.»

Interessant war, dass die Kantonsratskandidatinnen sich bei dieser Gelegenheit selbst zum Thema Pistenverlängerung outeten: Alle vier sind dagegen.

Atommüll ins Ausland verschieben ein «Blödsinn»

Barbara Stüssi sprach das Thema Atommüll an. «Können wir es verantworten, unseren Atommüll ins Ausland zu verschieben, wie dies Maximilian Reimann vorschlägt?» Dazu fand Markus Kägi klare Worte: «Diese Idee ist ein völliger Blödsinn und nicht korrekt. Das Gesetz sagt, dass wir unseren Atommüll im eigenen Land entsorgen müssen. Wir müssen beim Thema Atommüll die Verantwortung tragen, aber auch die Kontrolle darüber behalten.»

Barbara Franzen stellte zum Schluss des Podiums Fragen zum Verkehr: «Eglisau versinkt im Verkehr, es gibt Rückstau ins Dorf. Was können Sie dem Unterland anbieten?» Hier zeigte sich Stocker ein wenig verdrossen: «In Eglisau sind wir dran, die Schwierigkeit ist einfach, dass die eidgenössische Heimatschutzkommission alle unsere ersten Pläne verworfen hat. Nun haben wir sechs Varianten vorgeschlagen. Ich muss aber sagen: Wenn wir hausälterisch mit unseren Mitteln umgehen wollen, kommt ein Tunnel für 800 Millionen Franken nicht in Frage.» Manuel Navarro



«Meinen Sie eigentlich, einen Nationalrat in Bern interessiere es, wann, wo und wie viel im Raum Zürich geflogen wird?»

Ernst Stocker, SVP

«Wir sollten bei Immobilienunternehmen Anreize für energetische Massnahmen schaffen oder Druck aufsetzen.»

Wilma Willi, Grüne



«Eglisau versinkt im Verkehr, es gibt Rückstau ins Dorf. Was können Sie dem Unterland anbieten, Herr Stocker?»

Barbara Franzen, FDP

«Herr Stocker, wie bringen Sie es unter einen Hut, für eine Pistenverlängerung zu sein und gleichzeitig das Unterland zu unterstützen?»

Erika Zahler, SVP



«Können wir es verantworten, unseren Atommüll ins Ausland zu verschieben, wie dies Maximilian Reimann vorschlägt?»

Beatrix Stüssi, SP

«Wir müssen beim Thema Atommüll die Verantwortung tragen, aber auch die Kontrolle darüber behalten.»

Markus Kägi, SVP



Mehr Patrouillen im Dorf

REGENDORF/BUCHS Die Gemeindepolizei Regensdorf wird in Zukunft auch mal mit dem Velo durch Buchs patrouillieren. Beide Gemeinden haben dazu einen Dienstleistungsvertrag unterzeichnet.

Die Gemeindepolizei Regensdorf erbringt seit dem 1. April 2008 polizeiliche Dienstleistungen für die Gemeinde Buchs. Die gute Zusammenarbeit zwischen der Gemeindepolizei Regensdorf und der Gemeinde Buchs hat die beiden Gemeinderäte dazu bewegt, die vertraglich vereinbarten Mannstunden zu erhöhen. Die Sicherheitsvorstände von Buchs, Marcel Rauschenbach, und Regensdorf, Hans-Rudolf Frei, haben den Dienstleistungsvertrag am 2. März im Polizeiposten Regensdorf überreicht.

Schwerpunkte können angepasst werden

Künftig wird es gelegentlich vorkommen, dass die Regensdorfer Gemeindepolizisten auch mal zu Fuss oder mit dem Velo durchs Buchser Dorf patrouillieren. Ziel des neuen Vertrages ist neben der Erhöhung der Patrouillenstunden auch der genau deklarierte Leistungsauftrag. Der Gemeinderat von Buchs setzt die Schwerpunkte fest und kann diese je nach Bedarf anpassen. Beim aktuellen Vertrag liegt der Schwerpunkt der zu erbringenden Leistungen bei den Sicherheitspatrouillen. red

Impressum

Redaktion Zürcher Unterländer, Grenzstrasse 10, 8180 Bülach. Telefon: 044 854 82 82. Fax: 044 853 06 90. E-Mail: region@zuonline.ch. Online: www.zuonline.ch.

CHEFREDAKTION
Chefredaktor: Benjamin Geiger (bg).
Stv. Chefredaktor: Cyprian Schnoz (cy).

ABOSERVICE
Zürcher Unterländer: Aboservice, Grenzstrasse 10, 8180 Bülach. Telefon: 0842 00 82 82. Fax: 0842 00 82 83. abo@zuonline.ch.

INSERATE
Bülach: Zürcher Regionalzeitungen AG, Grenzstrasse 10, 8180 Bülach. Telefon: 044 515 44 77. inserate.underland@rrz.ch. Todesanzeigen über das Wochenende: anzeigenbruch@tamedia.ch.

DRUCK
DZZ Druckzentrum Zürich AG.
Auflage: 18 112 Expl., Donnerstag: 77 162 Expl. (WEMF-beglaubigt 2014)
Die Verwendung von Inhalten dieses Titels durch nicht Autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt.
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Zürcher Regionalzeitungen AG i.S.v. Art. 322 St.B: Aktiengesellschaft des Winterthurer Stadtanzeiger, DZO Druck Oetwil a.S. AG

ANZEIGE

Bei den Fleissigen und Senioren wird gespart, Asylanten und Sozialmissbraucher werden belohnt!

Das sind die Fakten

(Beispiel einer 7-köpfigen eritreischen Familie im Kanton Zürich):

36'000.- Fr. pro Monat für 4 Kinder in Heimen
20'000.- Fr. pro Monat Betreuungskosten wie Einkaufsbegleitung für Fr. 135.-/Stunde und mehr
1'500.- Fr. pro Monat Miete
2'600.- Fr. pro Monat Sozialhilfe
60'000.- Fr. total mind. pro Monat

=720'000.- Fr. total pro Jahr.
Und das für eine Familie, die sich nicht integrieren will!

Quelle: Blick 15.9.2014

Und wer muss das bezahlen?

Sie, die tüchtigen Steuerzahler, die noch jeden Tag aufstehen, zur Arbeit fahren und unsere Senioren, die jahrzehntelang hart gearbeitet haben:

- Kürzung der Pendlerpauschale** für alle, die jeden Tag zur Arbeit fahren
- Senioren sollen in Altersheimen neu Betreuungskosten zahlen** – auch wenn sie gar keine Betreuung in Anspruch nehmen
- Bestrafung von allen, die gespart haben** und ihren Kindern etwas vererben wollen mit einer neuen Erbschaftssteuer
- Immer höhere Steuern, Gebühren und Abgaben.** Wer arbeitet, spart oder konsumiert wird zur Kasse gebeten!

Damit muss endlich Schluss sein:

- Steuerzahler nicht weiter belasten!**
- Keine Steuergelder für Ausländer, die sich nicht integrieren wollen!**

Wählen Sie deshalb SVP Liste 1



SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, www.svp-zh.ch
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.



Die Partei des Mittelstandes